

Kaukasische Post

 04906920
 028-0090330

 Erscheint 2-mal wöchentlich:
 am Donnerstag und am Sonntag.

 Bezugspreis: 12 R. 50 K. für 1 Mt. Anzeigen:
 die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten
 Seite 1 R. 50 Kop. auf der 4. Seite 1 R.

Nr. 59.

Tiflis, den 31. Juli 1919.

11. Jahrgang.

Vereinskommission.

Sonnabend, den 2 August,

im Lokale der deutschen Schule

≡ Tanz-Abend. ≡

Beginn 8 Uhr.

 Entree: Herren — 3 Rbl., Damen — frei.
 Die Kommission.

Zur Frage der Ubergabe unserer Schulen an die Landschaft („Semstwo“).

Die bevorstehende Lehrerkonferenz (6.—8. August) wird sich, wie aus ihrer Tagesordnung zu ersehen ist, unter anderen wichtigen Fragen auch mit der in der Überschrift dieses Aufsatzes bezeichneten prinzipiell wichtigen Frage zu beschäftigen haben. Zu welchem Ergebnis sie gelangen wird, ist noch ungewiß, aber so oder anders wird auch die nächste Delegierten-Versammlung, die am 12. August eröffnet werden soll, zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Gestreift wurde letztere bereits auf der vorigen Delegierten-Versammlung, nachdem sie am Vorabend dieser, während des ungezwungenen Beisammensitzens der Delegierten, in einem kurzgeprägten Bericht über die Einführung der Landschaftseinrichtungen in Georgien, ihre Aufgaben und Ziele, ihre voraussichtliche Weiterentwicklung, ihre Bedeutung für unsere Kolonien und ihre Beziehungen zu dem nach wie vor zu Recht bestehenden sog. „Kolonienfestes“ *) von einem Sachverständigen (Juristen) mitbeleuchtet worden war, woran sich Debatten geknüpft hatten, die deutlich erkennen ließen, daß die angeregte Frage eine sehr schwer im bejahenden Sinne zu lösen ist und jedenfalls einer gründlichen Erörterung bedarf, ehe sie überhaupt vor die einzelnen Gemeinden, geschweige denn vor die Gesamtvertretung derselben, d. h. die Delegierten-Versammlung, gebracht würde. Das Interesse, welches damals auch die Delegierten der in Arbeit befindlichen Kolonien, wo von Einführung der Semstwo vorläufig nur entfernt die Rede ist und also jene Frage (betrifft Ubergabe der Schulen an die Landschaft) noch nicht der Entscheidung bedarf, durch ihre lebhafteste Beteiligung an den Debatten bekundeten, beweist besser als jede noch so scharfsinnige Begründung der prinzipiellen Wichtigkeit der Frage für jede deutsche Gemeinde in Transkaukasien, daß sie tatsächlich vorliegt und dort, wo man in mancher Hinsicht ein Vorausbild in die Zukunft wahrnehmen kann, wie sie in den deutschen Kolonien hier, in Georgien, leider nicht immer anzutreffen ist, auch in ihrer ganzen Tragweite verstanden wird.

Doch wenden wir uns nach diesen einleitenden Worten dem Gegenstand unserer Betrachtung selbst zu. Was bedingt die „Landschaft“? Selbstverwaltung, im Gegensatz zur „Regierung“. Im demokratischen Staat soll das Volk sich selbst regieren, freigewählte Männer bezw.

Frauen und der eigenen Mitte sollen die Angelegenheiten eines bestimmten Bezirkes, angefangen vom Kreise bis hinab zu der einzelnen Gemeinde, oder einer Gruppe von Gemeinden, in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Wähler besorgen, ohne von einer höheren Stelle, einer vorgeordneten Behörde, einer Regierungsinstitution erst entsprechende Befehle oder Anordnungen abzuwarten. Maßgebend als Richtschnur für die Handlungsweise der Ausgewählten ist einzig das geltende Gesetz, was aber eine gewisse Oberaufsicht des zentralen Verwaltungsförpers zwecks Vereinheitlichung der für notwendig befundenen Maßnahmen der einzelnen Selbstverwaltungseinrichtungen zum Nutzen der Gesamtheit aller Bürger des Landes, d. h. des Staates, keineswegs ausschließt. Wenn es nun vorderhand nicht möglich ist, jede Gemeinde als Semstwoeinheit bestehen und wirken zu lassen, weil eine derartige Selbstverwaltung zu kostspielig wäre (inwiefern größere wirtschaftliche Anlagen und Verbesserungen mit vereinten Kräften von allen an ihnen interessierten Gemeinden ausgeführt und unterhalten werden müssen, sollen sie von Dauer sein und Bestand haben, hiezu aber auch Geldmittel, ein größerer Arbeitsapparat und vieles andere erforderlich ist), so begreift man auch ohne weiteres, daß von den betreffenden Gemeinden nicht eine jede von sich aus und nur für sich handeln darf, sondern daß sie vorher sich mit den übrigen diesbezüglich verständigt haben muß (was ja auf den Landschaftsversammlungen (Tagungen der Landschaftsverbände des Rayons oder Kreises oder gar des ganzen Staatsgebietes) meist geschieht, worauf dann die erzielten Beschlüsse von den Volksgewählten, den Landschaftsämtern („Alparvan“) ausgeführt werden). Dabei kann es passieren — und passiert häufig genug —, daß die einzelne Gemeinde zugunsten der Gesamtheit der Gemeinden, oder auch nur einiger derselben, auf die ihr winkenden größeren Vorteile verzichtet muß, um ein anderwärts mit der Gesamtheit Vorteile zu genießen, die ihr sonst nicht zugefallen wären, nämlich wenn sie auf sich allein angewiesen gewesen wäre. In diesem Ausmaß der Interessen liegt mithin wohl einer der wesentlichsten Vorzüge der Landschaftsverwaltung, zumal nur sie in der Lage ist, die Bedürfnisse der Gemeinden ihres Wirkungsgebietes aus nächster Nähe kennen zu lernen und die geeigneten Mittel und Wege zu ihrer Befriedigung ausfindig zu machen.

Das gilt aber nicht ausnahmslos für alle Angelegenheiten, die gewöhnlich von der Semstwo geregelt werden. Was z. B. hinsichtlich der wirtschaftlichen Aufgaben, wie Meliorationen, Kanalisation, Aufforstung, Anleitung zu intensiverer Ausnutzung des Bodens, Bekämpfung von Seuchen u. dgl. m. an Vereinheitlichung geschieht, nützt nicht immer den rein geistigen, den kulturellen Interessen der zum Landschaftsverband zählenden Gemeinden. Hier wird jede wahrhaft demokratische Gesetzgebung die Besonderheiten gewisser Bevölkerungsgruppen, soweit letztere von der übrigen Bevölkerung durch Abstammung, Sprache, Gewohnheiten und Sitten sich deutlich abheben, nach Möglichkeit zu schätzen suchen. Sie wird dabei von der Erwägung ausgehen, daß die Zufriedenheit dieser Bevölkerungsgruppen von dem Gelingen ihrer Eigenart abhängt und daß die allgemeine Zufriedenheit im Lande, welche bekanntlich das Ziel jeder vollständigen Verfassung ist, nur erreicht werden kann, wenn die einzelnen Bevölkerungsgruppen ihre kulturellen Bedürfnisse vollaus befriedigen können. Hiervon ausgehend, hat denn auch die georgische Gründungsversammlung gleich zu Anfang ihrer aufbauenden Tätigkeit

den Grundgedanken der kulturellen Autonomie (Selbstständigkeit) für die völkischen Minderheiten im Lande aufgestellt und ihre Durchführung, soweit sie beantragt werden sollte, zugesichert. Dieser Grundgedanke gilt auch für die in geschlossenen Gruppen beisammen lebenden Deutschen, d. h. die Kolonien, und der Selbsterhaltungstrieb wird letztere zwingen, von dem ihnen dargebotenen Privilegium den größtmöglichen Gebrauch zu machen. Keinerlei Beschränkung materieller Natur werden sie, so meinen wir, davon abhalten, sich die kulturelle Selbstständigkeit, so lange nur zugänglich, zu wahren.

Wenn wir aber von unseren heimisch deutschen Kulturaufgaben, deren Lösung zur Erhaltung unserer Eigenart dienen soll, sprechen, so denken wir hierbei hauptsächlich an unsere Schulen, in denen unsere Kinder im Geiste ihrer Väter unterrichtet und zu guten Deutschen erzogen werden. Wir freuen uns, daß wir das können, namentlich seitdem wir die Periode der Russifizierung unseres gesamten Schulwesens dank der Revolution glücklich überwunden haben. Bei aller Hochachtung vor der georgischen Kultur und der georgischen Sprache wünschen wir dennoch nicht in erlicherer ganz aufzugeben, noch durch letztere unsere Muttersprache verdrängt zu wissen. Wenn wir das aber weder selbst wünschen, noch gezwungen werden über uns ergehen zu lassen brauchen, da von georgischer Seite solches nicht verlangt wird, sollten wir da nun unwillkürlich uns der Gefahr aussetzen, oder an sie selbst herantreten, indem wir dort einen Anstoß an die Allgemeinheit finden, wo die geringste Verchiebung der gegenwärtigen innerpolitischen Verhältnisse im Lande einen Umschwung herbeizuführen vermöchte, der an Stelle der Zulässigkeit gegenüber der Betätigung kultureller Eigenart das gerade Gegenteil erwarten ließe?

Und wenn erst einmal gleichmachender Chauvinismus, das Bestreben, alles national-georgisch, „wahrhaft-georgisch“ zu sehen, an unsere deutschen, dem Semstwoeinheiten angegliederten Schulen sich herannähert, so ist es natürlich mit ihrer nationalen Eigenart im Handumdrehen zu Ende. Dagegen wird, falls wir unsere Schulen, wie bisher, gesondert erhalten und dabei im Verbande bleiben, dem die oberste Leitung des gesamten deutschen Schulwesens, zustünde, die Verwaltung des letzteren im Sinne der Rationalisierung nicht so leicht bewerkstelligt werden können. Unsere Kolonien liegen in verschiedenen Kreisen (Tiflis, Bortschala, Gori); der Widerstand, den sie dem etwaigen chauvinistischen Beginnen seitens ihrer Umgebung leisten könnten, wäre ein haltloser; der Widerstand selber, welcher sich auf den Verband stütze, wäre ein Hindernis, über das keine Landschaftsversammlung hinwegkommen konnte, ohne Gefährdung ihres eigenen Ansehens, da keine Regierung es im demokratischen Georgien zugeben würde, daß die von der Gründungsversammlung uns zugewiesene kulturelle Autonomie verlernt würde, wenn wir in Angelegenheiten der Schule außerhalb der Semstwo verblieben.

Vergessen wir zugleich nicht, daß wir, d. h. die vorigjährige Lehrerkonferenz und etliche Delegiertenversammlungen, sich schon für die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen deutschen Schulwesens mit einem eigenen deutschen Schulpflichter, als oberstem Hüter des deutschen Charakters desselben, klipp und klar ausgesprochen haben. Es ist nicht einzusehen, weshalb wir heute von diesem Standpunkt, ohne daß wir dazu gedrängt werden, abzurücken sollten. Für die deutschen Schulen, falls sie an die Land-

*) Siehe Beilage zur Anmerkung 2 des Art. 680 des IX. Bandes der russischen Gesetzsammlung, des „Sword Satonow“, der von dem Ständerat handelt, und Beilage zu Art. 223 des 2. Teiles des XII. Bandes der nämlichen Gesetzsammlung, welcher von der Landwirtschaft handelt.

schaft übergangen und falls sie einwillen noch deutsch bleiben, müßte sowieso mindestens ein besonderer „Instruktor“ ange stellt werden, der der deutschen Sprache mächtig und mit dem deutschen Schulwesen vertraut wäre. Sein Unterhalt würde wohl kaum aus den allgemeinen Semstwowmitteln bestritten werden, sondern den deutschen Gemeinden zur Last fallen. Und wer steht uns dafür, daß dieser „Instruktor“ gerade ein Deutscher sein würde? Eher würde es ein Georgier sein, da von ihm auch die Kenntnis des Georgischen unbedingt verlangt werden dürfte, weil ja in der Semstowo die Geschäftssprache die georgische ist. Wäßen wir aber schon ein Schuloberhaupt haben und unterhalten, tun wir da nicht besser, es uns selbst zu erwählen und ihm die weitere Fürsorge, im Verein mit dem Zentral-Vorstande unseres Verbandes, anzuvertrauen, unabhängig von der Landtschaft? Die deutschen Kolonien in Aderbeidjan bleiben dann auch mit uns, den georgischen Deutschen, vereint und helfen uns nach wie vor unser deutsches Schulwesen erhalten. Zugleich wird die Ausgabe für den Unterhalt des Schulinpektors von ihnen mitgetragen werden, ein Umstand, der selbst der am materiellsten gesünnten deutschen Gemeinde ohne Kommentar einleuchten dürfte.

Oder glauben die Lehrer, und mit ihnen vielleicht auch die Gemeinden, bei denen sie ange stellt sind, bei der Übergabe unserer Schulen an die Semstowo in materieller Hinsicht besser zu fahren, als es eben der Fall ist? Sollte diese Voraussetzung zutreffen, so behaupten wir strikt, daß sie irrig ist. Die Gehälter, welche die einzelnen Kreislandtschaftsversammlungen den Lehrern auszuschütten in der Lage wären, würden nur entfernt an die Gehälter heranreichen, die die Lehrer gegenwärtig beziehen. Bei der geplanten Erweiterung des Semstowoschulwesens wird man gewiß versuchen, die größte Sparmaßnahme zu beobachten. Der Staatsfiskus, auf dessen Hilfsmittel die Semstowo aller Kreise namentlich anzieht, wenn man die von ihr aufgestellten Budgets, mit ihren hohen Ziffern in der Rubrik „Ausgaben“ und den verhältnismäßig geringen Ziffern in der Rubrik „Einnahmen“, dieser Behauptung zugrunde legt, ist bekanntlich leer, es sei denn, daß man die Bots für vollwertige Baluta ansähe, obgleich sie dem Kurse nach gleich Null wert sind. Wie sollten da die einzelnen Landtschaftsämter es fertig kriegen, allen übernommenen Zahlungsverpflichtungen, also auch gegenüber dem Personal der Semstowoschulen, pünktlich nachzukommen? Was es aber zu bedeuten hat, wenn ein Beamter monatelang auf seinen Gehalt warten muß, davon könnten unseren Lehrern die Angestellten der städtischen Selbstverwaltungsinstitutionen (z. B. die der städtischen Stadterwaltung) mancherlei erzählen. Aber abgesehen von den niedrigen Gehältern und den Zahlungsschwierigkeiten, denen wir bei der neu entlassenen Semstowo von vornherein begegnen, sollten die Lehrer doch nicht vergessen, daß sie außer dem Gehalt in barem Gelde meistens noch einen solchen in Naturalien beziehen, die heute einen weit höheren Wert haben als das Geld, die aber in Wegfall kommen, sobald die Schulen an die Landtschaft übergangen. — Was nun die Gemeinden anlangt, so werden sie erst recht keine Vorteile aus der Befreiung von der Zahlung für den Unterhalt ihrer Lehrer ziehen, da die von der Semstowo beanpruchte Schulsteuer gewiß jene um etliches übertrauen würde, zumal die deutschen Kolonien als besonders zahlungskräftige Gemeinden gelten und natürlich die größte Steuerlast aufgeschult kriegen würden. Daß sie aber die Schulsteuer zu zahlen verpflichtet werden könnten, auch wenn sie ihre Schulen der Semstowo nicht überließen, darf als ausgeschlossen gelten, ganz abgesehen davon, daß uns das von zuständiger Seite auch bestätigt worden ist. Dann noch, was den Unterhalt der Schulgebäude und des Schulinventars angeht, so wird die Semstowo denselben kaum auf sich nehmen; der verbliebe mithin den Gemeinden so und anders.

Oder wünschen die Gemeinden sich ihres Rechtes auf Anstellung und Entlassung der Lehrer zugunsten der Landtschaftsämter zu begeben? Denn wenn es auch den Gemeinden überlassen bliebe, Kandidaten für die vakanten Lehrerstellen vorzuschlagen, so hieße das noch nicht, daß denselben auch in der Regel würden bestätigt werden. Und erst die Entlassung der Lehrer! Wir wissen, daß wenn so ein Lehrer seinerzeit dem Volksschulinsektor nicht genehm war, er ohne weiteres vom Amte entfernt wurde, und ging's anders nicht gut an, so als „politisch verdrängig“ („политически неблаговажелный“); weshalb aber in

dieser Hinsicht der „Instruktor“ für die deutschen Schulen mehr Zweckmäßigkeits Sinn besitzen sollte, als sein russischer Vorgänger ist nicht zu verstehen. Da könnten denn nur zu leicht erhebliche Schwierigkeiten im Erledigen des Schulprogramms entstehen, die mit seiner gänglichen Außer-Kurs-Setzung enden könnten. „Rönnten“ ist nicht „werden“, hören wir darüber reden. Ja, aber die Geschichte der Verdrängung fremder Kulturen weist zu viel derartige Beispiele auf, als daß wir obiges Bedenken unausgesprochen lassen dürften.

Oder liegt uns besonders viel daran, daß der Religionsunterricht auch aus unseren Schulen in Privatirkel verlegt würde? Trennung der Kirche vom Staat — Befreiung der Schule von der Inspektion seitens der Ortsgeistlichen? Unabhängigkeit der Lehrer von den Pastoren? Gibt es denn keine anderen Mittel, um etwaige Mißverständnisse zwischen Lehrerschaft und Pastoren mit weniger gewaltsamen Maßregeln zu beseitigen, oder ihnen vorzubeugen? Wozu denn gleich das Kind mit dem Bade ausschütten wollen? Der Verband hat u. a. auch die Aufgabe, die sittlich-religiöse Erziehung der lernenden Jugend zu gewährleisten, und droht ihr von irgend einer Seite Gefahr, so ist es Pflicht der Delegierten, auf letztere aufmerksam zu machen und ihre Anwendung zu befürworten. Jedenfalls sollten wir so lange dem zerkleinernden Streben der Gegenwart, die von Religion als Erziehungsmittel nichts mehr wissen will, einen Damm entgegenhalten, als es nur irgend möglich sein wird, denn bis wir an Stelle der biblischen Geschichte und des Katechismus Lehrbücher der Moral und Ethik (Sittenlehre) eingeführt sehen werden, könnte noch eine geraume Zeit vergehen, da derartige Bücher erst geschrieben werden müssen.

Und dann, wie dem allem auch sein mag: um die Übergabe der deutschen Schulen an die Landtschaft in die Wege zu leiten, bedarf es eines einheitlichen Beschlusses sämtlicher deutschen Landgemeinden, der darauf — unter Angabe der Bedingungen der Übergabe — durch die einzelnen Kreislandtschaftsämter der Gründungsversammlung zur Behätigung unterbreitet werden müßte. Diese Prozedur ist aber eine so langwierige, zumal die Verwirklichung des Planes zum Beginn des neuen Schuljahres ganz entschieden nicht zu erwarten sein würde. Was aber im Laufe dieses Jahres an Veränderungen auf dem Gebiete der inneren Politik Georgiens und Aderbeidjans vor sich gehen könnte, wissen wir nicht, und deshalb wollen wir uns auch nicht überhürzen, sondern die Sache erst gründlich und in Ruhe überlegen, ehe wir sie entscheiden. „E r i w ä g e n , d a n n w a g e n !“, sagt ein deutsches Sprichwort. Möge es uns auch im gegebenen Falle als Leitpruch dienen!

Zur politischen Lage.

Z u l a n d . — Mit der bevorstehenden Ankunft (3. August) des Obersten Gabba, des Chefs der hiesigen italienischen Mission, wird in nationalistischen Kreisen die Frage der Kursänderung unserer Regierung, mit eventuellem (teilweisen) Wechsel des Ministerkabinetts, noch lebhafter als bisher erörtert. Es scheint fast so, als ob die Hoffnung auf die (moralische) Unterstützung seitens der Welt Demokratie vor der rauen Wirklichkeit passen muß, die sich insbesondere in den zwischen uns größer werdenden finanziellen Schwierigkeiten empfindlich bemerkbar macht. Auflagen gibt's, daß dem georgischen Bürger Hören und Sehen vergehen, denn die Industriellen und Handeltreibenden werden natürlich nicht eumangeln, das Plus, das sie an Abgaben, hergeben sollen, auf ihn, den ohnehin Not leidenden, abzuwälzen. Die Unzufriedenheit, wenigstens unter den Städtern, nimmt daher zu, und erscheint es daher nicht unglauwürdig, daß da Mittel gesucht werden sollen, um größeren Argernis vorzubeugen, mögen sie auch nicht immer dem Geschmack und der besseren Einsicht der maßgebenden Kreise entsprechen. — Die „Denikin-Gefahr“ scheint zeitweilig vergessen zu sein, obgleich sie infolge der neuerdings wieder registrierten „Erfolge“ der „Freiwilligen-Armee“ im Süden und Südosten Russlands (auch Zekaterinoslaw erweist sich als von den Bolschewikisten nicht wieder eingenommen) größer wird. Übrigens wird General Baratow, als Bevollmächtigter Denikins, dieser Tage in Nikits erwartet. Er soll den Austrag haben, die Beziehungen zwischen der „Freiwilligen-Armee“ und den transkau-

kasischen Republiken (Aderbeidjan und Georgien) friedlich zu regeln.

U s l a n d . — Der deutsche Minister des Auswärtigen Müller hat in einer unlängst gehaltenen Rede u. a. folgendes ausgesprochen: „Je schneller wir den Beweis dafür erbringen werden, daß das deutsche Volk nach ewigem Frieden strebt, umso leichter werden es die Angehörigen desselben, welche heute von Deutschland getrennt werden, in ihrem Verhalten haben, ihre Nationalität auch unter der fremden Gewalt zu bewahren... Wir müssen aber auch dazu beitragen, die Bedingungen für den wahren Völkerverbund zu schaffen, dem die besten Menschen angehören werden... Die vorbereitende Arbeit, welche Graf Kautzow und seine Mitarbeiter in dieser Richtung geleistet haben, wird eines schönen Tages von den Historikern richtig gewürdigt werden. Ein Völkerverbund, zu dem weder Deutschland noch Rußland gehören, ist kein solcher. Wir Deutsche sind namentlich an dem Zustandekommen eines Völkerverbundes interessiert, da er uns einen Ausweg zeigen könnte aus der äußerst schwierigen Lage, in die wir durch den Versailles'schen Frieden geraten sind... Keine andere Nation hat während des Krieges solche Verheerungen erlebt und solche Opfer gebracht, wie die französische. Versuchen wir es daher, die gegenwärtige Lage Frankreichs zu verstehen, und lösen wir zu ihm, um der W-berberstellung der verwüsteten Gegenden willen, wie wir das ja auch versprochen haben. Das sei unsere Vergeltung. Freilich, die französischen Staatsmänner befanden in letzter Zeit wieder ihren kriegerischen Sinn, aber... das kann nicht zur Annäherung und Versöhnung der Nationen führen.“ u. f. w. Auch Belgiens gebeknt der Minister in warmen Worten und gibt zu, daß ihm großes Unrecht geschehen sei, welches wieder gut gemacht werden müsse. — Mehr hätte ein deutscher Minister auf der Friedensschmalmei kaum noch blasen können, als es Müller gelungen ist. Wie das doch so ganz anders klingt, als die Reden eines Bismarck! Ja, andere Zeiten, andere Leute! Riese und Zwerg — kränkend, aber wahr!

Durch Zeitunglesen weltkundig geworden.

Von Meister J. Schaub (Wau.)

(I. Fortsetzung.)

Liebe Leser, mein voriges Schreiben endigte mit dem Balkan-Krieg, unter den Vufferebündlern, und Annexionierung der bulgarischen Dobrußa von Rumänien. Wir saßen, wie Völkerruch entseht und wie immer eine dritte Macht hieran schuld ist, z. B. an dem Haß Bulgariens gegen Rumänien — Rußland und Frankreich. Nun wollen wir den italienisch-türkischen Krieg wegen Tripolitanien in's Auge fassen. An diesem Kriege ist auch eine dritte Macht schuld; die vereinigte Diplomatie Englands, Frankreichs und Rußlands. Die Ursache war folgende: Italien befand sich im Dreibunde mit Deutschland und Oesterreich. Da aber die Kämpfungen zum Krieg mit Deutschland und Oesterreich schon in Vorbereitung waren, so wurde von den genannten drei Mächten daran gearbeitet, Italien vom Dreibunde abzutrennen, um diesen dadurch zu schwächen, für den Fall des Krieges. Das diplomatische Freien der drei Mächte bereitete Italien große Unruhe, und um sich zu überzeugen von der Kriegsfürchte des Dreibundes, wandte letzteres sich durch seinen Minister des Auswärtigen an die Bundesgenossen, Deutschland und Oesterreich, mit der Anfrage: „Was kann Italien im Falle eines „europäischen Krieges“ vom Dreibunde hoffen?“ Darauf folgte die Gegenanfrage von Deutschland und Oesterreich: „Was wünscht Italien vom Dreibunde zu bekommen?“ Antwort Italiens: „Das türkische Tripolitanien.“ Bejahung von Deutschland und Oesterreich: „Gebet hin und nehmet es!“ Weiter lesen wir von der Kriegsanmeldung Italiens an die Türkei, und in einem Hurra war der Krieg im Gange und auch schon gewonnen! Da nun gegen diesen Hurrakrieg Italiens und Frankreich die interessierten Mächte, nicht protestierten, so machte dieses Stillschweigen in Italien den Eindruck, als ob der Dreibund wirklich stark sei, sogar so stark, daß er im voraus geben kann, was ein Bundesgenosse verlangt. Auf diese seine Stärke sich stützend, blieb Italien von neuem im Dreibunde. Diese Meinung war aber eine irrige, denn die Ursache von Englands und Frankreichs Schweigen zu dem Hurrakrieg Italiens lag darin, daß England und Frankreich damit ihre Sympathie für Italien beweisen wollten, um Italien zum Verrat an dem

Dreibunde geneigt zu machen, was ja auch geschah, weil Italien von des „weisen Hannes“ Enteneiern abkammt.

Weiter lesen wir von den schmutzigen Gerichtsprozessen in Sarajewo (Oesterreich) wegen des Vaterlandsverrats gewisser Oesterreicher, Serben und Tschechoslawen, worunter sogar Pfaffen waren. Diese Prozeßverhandlungen besuchte auch ein russischer Fürst, floh aber in schnellster Eile davon, als man ihn wegen Beteiligung an diesem Verrat arretilieren wollte. Weiter lesen wir von dem Mord des österrreichischen Thronfolgers und seiner Frau in Sarajewo. Die Mörder waren natürlich Serben. Sie wurden verhaftet und erzählten beim Verhör, daß sie in Serbien gelehrt worden seien, Bomben zu werfen. Als sie das Bombenwerfen (praktisch) gelehrt hatten, kamen sie nach Sarajewo, in dessen Umgegend militärische Manöver anberaumt waren, zu welchen der Thronfolger als Oberkommandierender kommen mußte. Da nun an dem Mord des Thronfolgers und seiner Frau der russische Gesandte in Belgrad, v. Hardwig, beteiligt war, so besuchte ihn der österrreichische Gesandte, der bei seiner Ankunft gebeten wurde, einige Minuten zu verweilen, da Hardwig sich gerade anleidete. Als der Gast darauf in Hardwigs Kabinett eintrat, war dieses Mannes Geist schon im Mörderhimmel, sein Körper ruhte aber im Sessel der Mörderdiplomatie, und blieb nun nicht weiteres zu tun übrig, als nach dem Artz zu schicken und den Tod Hardwigs bestätigen zu lassen. Der Welt aber wurde gemeldet, daß Hardwig am Herzschlage gestorben sei. Die Leiche Hardwigs wurde zuerst in Belgrad beerdigt; als aber der Krieg im Ausbrechen war, befürchtete Rußland, daß die österrreichischen Truppen Belgrad einnehmen, die Leiche Hardwigs unterzuchen und die wahre Ursache seines Todes finden könnten, und so wurde die Leiche nach Rußland gebracht. Inzwischen war die Diplomatie schon in vollem Brausen. Da nun die ganze Schuld auf Serbien fiel, so hatte Oesterreich Serbien vorgeschlagen, die Mordtat öffentlich zu bekauern und sich zu entschuldigen. Damit sollte der Mörderpolitik ein Ende gemacht werden. Die serbische Regierung, sich auf Rußland stützend, hat diesen humanen Vorschlag abgelehnt — mit der Antwort, daß Serbien für die Mordtat eines Serben im Auslande nicht verantworte. So wurde nun aus dem Streit ein Krieg, den Oesterreich Serbien erklärte, nicht um Territorium zu erobern, sondern um es als Mörderbande zu betrafen und es fügen zu lassen, daß Oesterreich eine Großmacht sei. Während die diplomatischen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Serbien stattfanden, besuchte der Präsident von Frankreich, Poincaré, Rußland. Zu dieser Zeit waren in Batu und anderen Fabriksstädten Arbeiterstreiks, und bei Anknst Poincarés in Petersburg gab's auch dort Streik. Diese großen Streiks waren dem russischen Adel und den russischen Großgrundbesitzern besonders unangenehm, denn sie befürchteten, die Selbstherrschaf zu verlieren, und so mußte mit dem Kriege geilt werden, um die streikenden Arbeiter als Kanonenfutter zu verbrauchen. England und Frankreich ihrerseits, um Rußland als Kanonenfutterpodrjadisch nicht zu verlieren, drangen auf dieses ein, Oesterreich möglichst schnell Krieg zu melden, wo nicht, so sei die Selbstherrschaf und die Großmachtsautorität versallen. So lesen wir nun, daß nach der Abfahrt Poincarés in Rußland Mobilisation angefragt wurde. Dararauf folgte die Warnung von Deutschland und selbst von Kaiser Wilhelm an Kaiser Nikolaus den Zweiten, er solle sich hüten, den Kriegsbrand zu entfachen, und die mobilisierten Mannschaften demobilisieren, um dadurch Deutschland nicht zu nötigen, auch die Mobilisation vorzunehmen. Aus dem Prozeß des gewenenen Kriegsministers Suchoomlinow ersehen wir, daß Kaiser Nikolaus mit den Warnungen einverstanden war und darauffin dem Kriegsminister befaß, die zum Kriege mobilisierten Mannschaften wieder zu entlassen. Diesen Demobilisations-Befehl Kaiser Nikolaus übergab Suchoomlinow dem Ober des Generalstabes Januschewitsch, aber dieser ordnete, im Gegenteil, volle Mobilisation an. So sehen wir aus obigem, wie human Kaiser Nikolaus war, sein Unglück bestand nur darin, daß er ein Namenskaiser war, denn regiert haben der englische Gesandte Buxhene, Januschewitsch (jetztlischer Abkennung), Sjasonow, Miljukow, Gutschkow mit der „Kustfoje Silnow“ u. a. Der Fein der deutschen Kriegsslotte und Welthandelsgefahr war nun heiß genug, und der Krieg oder, besser gesagt, die Fleischschadmaschine der Menschheit wurde in Gang gebracht. Hätte Rußland nicht auf Miljukow und Gutschkow geachtet, sondern auf den Kaiser Nikolaus, und hätte

es nicht an die Darbanellen gedacht, sondern an die Freundschaft mit Deutschland, so wäre heute bis auf den heutigen Tag Großmächte geblieben und hätten den besten Ruhm.

(Fortsetzung folgt.)

Von den Vorgängen im Baltikum.

Das Februar- und das April-Heft der „Mitteilungen des Deutschen Ausland Instituts“ (Stuttgart) enthalten folgende Mitteilungen über die Geschehnisse in Baltien seit dem politischen Umschwung in Deutschland, im Zusammenhang mit dem im November vorigen Jahres abgeschlossenen Waffenstillstand:

„Nur mit Trauer und Schmerz kann man der Entwicklung im Baltikum gedenken. Hatten wir noch vor einigen Wochen der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß wenigstens für Riga und Kurland nichts zu befürchten sein werde, so ist auch sie schon gesunken. Riga ist von 10 000 gut und ausreichend bewaffneten deutschen Soldaten vor nur 6000 Bolschewisten geräumt worden. Das Deutsche Theater in Riga, der stolze Bau, ist ein Haub der Flammen geworden. Die Landeswehr hat versagt, eine „innere Revolution“ der lettischen Teile mußte kurz zuvor von deutschen Truppen und englischer Schiffartillerie unterdrückt werden. Aber es kam noch trauriger, denn die Bolschewisten marschierten alsbald weiter, die Deutschen zogen sich immer mehr zurück. Witau und Tukum fielen in die Hände jener, nur um Ekbar herum halten sich zurzeit noch einige deutsche Besatzungen. Die Politik der Engländer in den Ostseeprovinzen ist unklar. Wir trauern um viele Hunderte braver deutscher Soldaten, die dort ihr Leben lassen mußten, weil ihre Kameraden eiligt ihre Posten der Bahnbewachung feige verließen und so die Angst in die Reihen ihrer Frontkämpfer trugen, sie würden nicht mehr rechtzeitig in die Heimat zurückkommen. Wie in der Ukraine, so mußten auch im Baltikum viele Hunderte den Umschwung zur Freiheit mit dem Tode büßen. Wir trauern aber auch — mit den Balten — um alte deutsche Kultur, die jetzt in den Ostseeprovinzen vernichtet wird. Mit vielen anderen Balten haben auch die Brüder Broderich, Horte und Stüßen des dortigen Deutschtums, ihre baltische Heimat verlassen müssen. Tausende blieben in Not und Glend zurück und harren einer unsicheren Zukunft. Das Schicksal des Baltikums wird stets ein schwerer Vorwurf für diejenigen Deutschen sein und bleiben, denen der Schuld dieses ältesten deutschen Kolonialgebiets angeingeegeben war. Hoffentlich bringt die neue Zeit bald ein neues Geschlecht, das mehr Besah und Empfindung dafür haben wird, in solchen Fällen wenigstens die Ehre des deutschen Stammes, seinen guten Namen zu schützen!“

Der Verwaltungschef der Baltischen Lande, Landrat a. D., Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses und des Deutschen Reichstages, v. Gögler, erließ bei seinem Scheiden aus Riga in den Zeitungen folgende Bekanntmachung:

„Bei meinem Scheiden aus dem Lande ist es mir ein schweres Bedürfnis, allen denen, die der Verwaltung in Jägerzern, arbeitsreicher Zeit ihre Dienste gendmet haben, zu danken und mich von allen, mit denen ich dienstlich und gesellschaftlich in Berührung gekommen bin, zu verabschieden. Seitdem mir am 16. August 1915 die Verwaltung Kurlands und am 2. August 1918 die der Baltischen Lande übertragen wurde, habe ich mit ganzem Herzen teilgenommen an den Geschehen des Baltenlandes, persönlich eng verbunden mit seinen Hoffnungen und seinen Sorgen, bemüht mitzuarbeiten an einer glücklichen, für alle Einwohner erprießlichen Zukunft des Landes. Die Erinnerung an diese Jahre und an die vielen gleichgestimmten Männer und Frauen, mit denen mich mein Weg zusammenführte und bei denen ich gärtliche Aufnahme fand, wird mir unvergänglich sein und auch durch das Dunkel der jetzigen Zeit hindurch leuchten. Gott schütze das Baltenland und führe es gnädig durch Nacht zum Licht!“

v. Gögler hat seinerzeit auch das Zustandekommen der Kurland-Ausstellung, über die wir in den Spalten der „Raul. Post“ unlängst näheres berichtet haben, durch sein von Anbeginn warmes Eintreten für den Gedanken einer solchen Ausstellung ermöglicht. ihr Werden und Wachsen lebhaft verfolgt und in Stuttgart, München, Berlin und Dresden sie selbst eröffnen gelassen. —

Gleichzeitig mit dem Abschieds schreiben v. Göglers veröffentlicht die „Rigaische Zeitung“ die Nachricht, daß

auch der Oberbefehlshaber v. Rathen mit seinem Stabschef Major Franz aus ihren Ämtern in der 8. Armee scheidet. Sie wurden durch das Kriegsministerium zu der Offizierengruppe von der Armee veriest. „Es läßt sich zurzeit nicht ermitteln“, sagen die „Mitteilungen des Deutschen Ausland Instituts“, „inwieweit hier sachliche Meinungsverschiedenheiten mit dem Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches, Winnig, oder mit dem Solbatenrat über die Art der Verteidigung baltischen Bodens gegen die Bolschewisten eine Rolle spielten.“ Die „Rig. Zeitung“ widmet den Scheidenden warme Worte des Dankes für ihre stets bewährte persönliche Anteilnahme an den Geschehen des Landes. —

Am 12. Dezember v. J. fand in Dorpat die letzte Theatervorführung des Deutschen Theaters vor einem ausverkauften Hause statt. Mit leisem Wehmutgefühl verließ das Publikum, unter dem die selbgraue Uniform recht zahlreich vertreten war, unter den Klängen des vom Orchester intonierten Abschiedsliedes „Muß i denn, muß i denn zum Städtle hinaus“ den Theaterraum. —

Grauenhaft sind die Einzelheiten, die über das Schicksal derer gemeldet werden, die den Bolschewisten in die Hände fielen. In Dorpat wurden am 14. Januar vierzig Personen in den Kellern des Inländischen Kredit-Vereins erschossen oder mit Beilen erschlagen; darunter ein russischer Bischof mit zwei Priestern, eine Anzahl evangelischer Pfarrer, Professoren, Gutseizer und eimischer Bürger. Der Artz, der die Leichen besah, berichtet über den furchtbaren Anblick. Der Boden des ganzen Raumes war bedeckt mit übereinander liegenden Toten, alle nur mit Untertüchlein bedeckt. Ähnlich ist es in Estland zugegangen; ähnlich wohl auch in Riga und in den kleineren Landstädten. —

Die infolge des Vorrückens der bolschewistischen Truppen im Baltenlande zu Tausenden, wie schon oben bemerkt, ihre Heimat verlassenden Balten suchten Zuflucht vor den bolschewistischen Schredensmächten natürlich vor allem in Deutschland. Da der größte Strom der deutschen Flüchtlinge auf dem Seewege über Riga und Ekbar nach Swinemünde und Stettin geleitet wurde, lag der Gedanke nahe, in Pommerne eine besondere Schule für die mitten aus dem Schulunterricht herausgerissenen baltischen Kinder einzurichten. Der durch das liebenswürdige Entgegenkommen der zuständigen Behörden geförderte Gedanke wurde in der Weise verwirklicht, daß in dem Bahderte Misdrov auf der Insel Wollin eine „Private Höhere Lehranstalt für baltische Flüchtlingskinder“ gegründet wurde, deren Leitung Dr. C. Hunnius, der bisherige Direktor der Landeschule zu Mitau, übernahm. Die Schule umfaßt den Kursus eines klassischen Gymnasiums und einer Oberrealschule, wobei die entsprechenden Kinder der beiden Abteilungen, sowie der Lehrplan das gestattet, zusammengezogen sind. Neben einer Vorlesse sind bereits alle Klassen von der Septa bis zur Obersekunda einschließlich eröffnet. Knaben und Mädchen werden gemeinsam unterrichtet. Außer dem Direktor unterrichten an der Anstalt 6 baltische Oberlehrer, 1 Religionslehrer, 1 baltischer Mittelschullehrer und 2 baltische Lehrerinnen, sowie der Rektor und 6 Lehrer und Lehrerinnen der örtlichen Volksschule, im ganzen 18 Lehrkräfte. Der Unterricht wurde am 10. Februar d. J. zeitweilig in den Räumen des Misdrov'schen Jugendheims und in den für den Nachmittag freibleibend zur Verfügung gestellten Klassen der Volksschule mit 44 Schülern eröffnet. Im Laufe eines Monats ist die Zahl der Schüler bereits auf 81 (65 Knaben und 16 Mädchen) gestiegen, und weitere Anmelbungen zum Beginn des neuen Schuljahres zu Dören liegen auch schon vor. Für die allernächste Zeit ist ein eigenes Schullokal schon so gut wie gemietet. Bei den sehr knappen Geldmitteln, über die die Schule verfügt, hat letztere naturgemäß auch noch mit mancherlei anderen Maßnahmen zu kämpfen. So bereitet namentlich die Beschaffung von geeignetem Schulmaterial und Lehrmitteln der Schulleitung nicht geringe Schwierigkeiten, doch sind auch nach dieser Richtung hin Schritte getan worden, die eine erprießliche Lösung der Frage eröffnen lassen. Für Knaben, deren Eltern nicht am Orte wohnen, ist vom Religionslehrer der Schule, Pastor Glas, ein größeres Internat eröffnet worden. —

Entstehung, Verlauf und Zukunft der deutsch-russischen Rückwanderungsbewegung.

Von Dr. H. Fesche, Berlin.

Die Lage der deutschen Kolonien im großen ehemaligen Zarenreiche wies seit jeher entsprechend ihrer durchaus verschiedenen Gründungsart und Geschichte in wirtschaftlicher, sozialer und auch politischer Hinsicht große Unterschiede auf; erst die hier schwächer, dort stärker auftretenden Versuche einer Russifizierung schufen in den letzten Jahrzehnten die Anfänge eines allen gemeinsamen

Zusammengehörigkeitsgefühls. So gehen denn auch die Auswanderungsbestrebungen, die seit 30-40 Jahren unter dem auf nahezu 3 Millionen*) veranschlagten deutschen Kolonienstimm in Rußland wirksam sind, auf verschiedene Ursachen zurück. Waren es an der Wolga vor allem solche wirtschaftlicher Art — Mangel, Hungersnot, Überbevölkerung, Landknappheit — so wirkten im Siden politische Eingriffe in Schule und Verwaltung mit wirtschaftlichen zusammen in dieser Richtung, da der Landhunger unter den russischen Deutschen so großen Umfang angenommen hatte, daß selbst hier das vorhandene Land nicht ausreichte. Im Westgebiet (Polen, Ostpreußen) regten fast ausschließlich die politischen Maßnahmen, die das Zerstückeln gegen eine Verbreitung der Deutschen in den Grenzgebieten für geboten hielt, zum Verlassen der alten Heimat an.

Nicht minder ist das Ziel, dem sich die auf viele Hunderttausende zu veranschlagende Welle besten deutschen Bauernklusses von vorher zu wandte, von wirtsch. und polit. Momenten bestimmt. Kosten zuerst die Möglichkeiten freien Schaffens auf weitem Boden in Übersee, in den Dakota-Staaten und anderen Gebieten der Vereinigten Staaten, in Argentinien, Brasilien, Kanada und Sibirien, so wurden bald von einigen dieser Ziele die Wanderlust und der Trieb der Kolonisten, sich in der Nähe ihrer Sippe anzusiedeln, bewußt benutzt und gefördert. Es traten aber noch andere Bewerber auf, die etwas von dem Wanderstrom auffangen wollten: Deutschland, richtiges Preußen, und später auch Kurland und Livland. In Preußen war der erste wirtschaftliche Abnehmer die königliche An siedlungs kommission unter dem Präsidenten v. Wittgenburg, von 1890 ab. Von 1905 an versuchten private Organisationen, wie der Vikenhausener Kolonialverein und der Hilfsauswärtigen Komitee die während des russisch-japanischen Krieges wachsende Rückwanderungsbewegung zu leiten und zu fördern. Seit 1907 trachteten baltische Deutsche unter Führung der Gebrüder Bröderich danach, dem lettischen Bauern- und Arbeiterland in den Ostprovinzen deutsche Kleinbauern an die Seite zu stellen. Im Jahre 1909 entstand dann in Berlin der Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer. Dieser stellte seine Tätigkeit darauf ein, die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande in Preußen und angrenzenden Bundesstaaten durch Ansetzung deutschstämmiger Landarbeiter und Ansiedler zu verbessern. Bis Kriegsbeginn hat er allein rund 26 000 Rückwanderern die Wege in die alte Heimat geebnet, wobei ländliche Arbeiter aus Polen und Westpreußen den Hauptstamm bilden, während die Wolga- und Südrussland in geringerem Maße vertreten sind. Aus den polnischen Industriegebieten kam eine größere Anzahl deutschstämmiger Arbeiter in Industriebezirke Preußens. Mit den etwa 5000 durch die An siedlungs kommission angelegten Bauernfamilien mögen bis zum Jahre 1914 50-60 000 Deutschen der alten Heimat auf geregelte Weise wiedergewonnen sein, abgesehen von der nebenher laufenden freien Rückwanderungsbewegung — ein geringer Teil der Massen, die aus den deutschen Kolonien Rußlands in die Ferne zogen.

Die in mächtiger, aber stetiger Entwicklung begriffene Rückwanderung wurde zunächst durch den Krieg jäh unterbrochen. In seinem weiteren Verlauf nahm sie aber einen Umfang an, wie nie zuvor. Die Politik der russischen Regierung, die Enteignungsgesetze vom Februar und Dezember 1915 und der Geist dieser Verordnungen, der aus den Worten Goremjinski: „Wir führen den Kampf gegen das Deutschtum“ spricht, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die als Vortruppen des Deutschtums betrachteten Ansiedler im Westgebiet hatten die sofortige Durchführung der grausamen Bestimmungen zu erdulden. Es war eine Notwendigkeit und Pflicht der Menschlichkeit, denjenigen, die sich vor der Vertreibung nach Sibirien errettet hatten, auch für den ferneren Verlauf des Krieges eine sichere Heimstätte zu bieten. In drei Wellen sind die deutschstämmigen Rückwanderer aus dem Westgebiet an der deutschen Grenze eingetroffen. Im Jahre 1915 ermöglichte der siegreiche Feldzug, viele von den Schergen des Jaren vertriebene Deutsche aus Westpreußen und Polen nach Deutschland in Sicherheit zu bringen. Während und nach der Brusilow-Offensive folgten weitere Transporte von verschiedener Größe aus Westpreußen und Südrussland, besonders

*) Die meisten Schätzungen verschiedener Autoren über die Zahl der Deutschen in Rußland lauten nur auf 2 Millionen (Die Schriftlig.)

aus der Cholmer Gegend. Die dritte große Woge von Rückwanderern kam im letzten Sommer, als viele Tausende wolt hynische Deutsche aus der Verbannung, aus Sibirien, Alt sachsen und anderen inner russischen Gouvernements in ihre alten Wohnstätten zurückkehrten und erkannten, daß dort ihres Weibens nicht länger sei. Wirtschaftlich und politisch hatten sich in ihrem Anwesen Fremde festgesetzt, soweit die früheren Wohnstätten überhaupt noch bestanden. Im ganzen beträgt die Zahl der während des Krieges im Inland vom Fürsorgeverein neu unterbrachten Rückwanderer rund 60 000 Personen. Dazu kommen die bedauerlicherweise von der Deutschen Arbeiterzentrale dem Inland zugeführten rund 25 000 Personen gleicher Herkunft.

Diese Massen, die zum Teil als Kriegsfüchtlinge mit kaum nennenswerter Habe die Grenze erreichten, stellten naturgemäß bedeutende Anforderungen an die vorhandene Organisation, die weiter ausgebaut wurde. Ohne die dankenswerte Hilfe der militärischen Behörden hätten die geforderten Arbeiten nicht bewerkstelligt werden können. Die weitere Fürsorge für Kranke, verwaltete Kinder usw. geht in das Gebiet der Kriegswirtschaftsbehörde. Für unsere Kriegswirtschaft war die Hilfe der teilweise sehr kräftigen Landarbeiterfamilien ein bedeutender Gewinn. Sie haben beim Wiederaufbau der Wirtschaft in Ostpreußen nicht zu unterschätzende Hilfe geleistet. Diese Provinz hat weit über 20 000 vertriebene Kolonisten aus dem Westgebiet aufgenommen. 4000 Flüchtlinge gewährt Schleswig-Holstein eine neue Heimat. Je mehrere tausend Personen sind nach Pommern, Schlesien, Brandenburg, Westpreußen gekommen, neuerdings finden wir auch nennenswerte Zahlen von Rückwanderern in Westfalen, Hannover und der Provinz Sachsen.

Wolff Lane (erstes Vierteljahrheft 1916, „Das Deutschtum im Ausland“: Rückwanderung deutscher Bauern aus Rußland) faßt die Schwierigkeiten bei der Rückwanderung auf deutscher Seite dahin zusammen: Mangel der Möglichkeit zur geschlossenen Ansiedlung, Schwierigkeit der Ansiedlung selbst, eine unangenehm empfundene Bevormundung der Ankömmlinge, teilweise geringes Verständnis der Bevölkerung und der Behörden für das Auslandsdeutschtum. Es ist einleuchtend, daß diese Schwierigkeiten unter den Kriegsverhältnissen sich besonders bemerkbar machten. Es war außerordentlich schwer, die vertriebenen ehemaligen Pächter und vielfach selbständige Wirt: mit den bestehenden wirtschaftlichen Kriegsmassregeln, die ihrem früheren Leben durchaus widerstrebten, vertraut zu machen. Die Unmöglichkeit einer neuen Ansiedlung während des Krieges erregte im besonderen Maße der Unwillen der Leute, da sie ja nicht gewohnt waren, im Dienstverhältnis zu stehen. Trotz allem wurde ihnen auf die Art, wie sie untergebracht waren, wenigstens die Möglichkeit gewahrt, vor Hunger und Verarmung, die ihre vertriebenen Angehörigen in Rußland bedrohten, bewahrt zu werden. Es wäre ihre Lage um ein bedeutendes erleichtert worden, wenn nicht der von Lane zuerst genannte Grund, das geringe Verständnis der Bevölkerung und der Behörden für das Auslandsdeutschtum, sich in oft sehr schroffen Formen abgezeichnet hätte. Der Reichsdeutsche hat im allgemeinen und besonders in Norddeutschland mehr das Bewußtsein von der Zugehörigkeit zu einem Staate als das Gefühl dafür, daß über dem Staat das gemeinsame Volkstum entscheidend für die Zusammengehörigkeit der Menschen ist.

(Schluß folgt.)

Aus dem deutschen Leben.

Katharinenfeld.

Am 20., 21. und 22. Juli haben hier die Versammlungen der Abgeordneten in die Vortschalauer Kreislandschaft stattgefunden. Von 31 Gewählten waren 24 erschienen, worunter 3 Deutsche. Zur Eröffnung des Kreistages war aus dem Ministerium des Innern der Ministergehilfe Tischbimadaj und aus der Gründungsversammlung das Mitglied derselben Schirkladje erschienen. In ihren Begrüßungsreden (letzte in georgischer Sprache) wurde besonders die Bedeutung der Landschaft für die in allen Beziehungen weit zurückgeliebene bunte Bevölkerung des Vortschalauer Kreises hervorgehoben. Von den Beschlüssen der Versammlung mögen für die Leser der „Rauf. Post“ folgende von Interesse sein: 1. Es sollen sämtliche Kreisverwaltungsinstitutionen mit der Kreisrente aus der frü-

heren Kreisstadt Schulaneri nach Katharinenfeld übergeführt werden (als dem eigentlichen Zentrum des Vortschalauer Kreises). 2) Dem Kreislandschaftsamt ist von der Versammlung das Recht zugesprochen worden, die hierfür nötigen Gebäude in der Kolonie zu gemieteten. 3) Für solche Zwecke besonders gut geeignete Grundstücke sowie auch Gebäude sollen nötigenfalls enteignet werden. 4) Der Kolonistenvorschlag zur Einführung der Landbesitzim Vortschalauer Kreise beläuft sich für die nächsten drei Monate auf rund 400 000 Rubl., wovon 280 000 Rubl. bereits von der Regierung verprochen worden seien. 5) In das Kreislandschaftsamt werden gewählt: zum Vorstehenden Kaufmann als Mitglieder die Herren Kamischwili R. A., Popondopulo, Scharifow und E. Kromher I. Letzterer ist mit der Berichterstattung beauftragt worden. 6) Die nächste Versammlung soll bis zum 25. Oktober einberufen werden.

— tt —

Herausgeber: Der J.-B. des Verbandes der transk. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.

Auszug aus der Abrechnung und Bilanz der Aktiengesellschaft für Weinbau, Kellereiwirtschaft, Kognatproduktion und Baumwollbau

„Gebrüder Hummel“

für das Operationsjahr 1918.

Gewinn- und Verlust-Kont.

Debet.	
An Zinsen-Konto	Rbl. 43 525,72
„ Handlungsunkosten-Konto	56 771,39
„ Gagen-Konto	179 170,54
„ Kulturen-Konto	199 000,—
„ Kommissions-Konto	9 182,70
„ Steuer-Konto	2 958,58
Reingewinn	376 012,19

Rbl. 866 621,12

Kredit.

Per Wein-Konto	Rbl. 487 861,15
„ Kognak-Konto	306 754,88
„ Schanchor-Konto	43 049,72
„ Sabilit-Konto	28 955,37
	Rbl. 866 621,12

Bilanz zum 1. Januar 1919.

Activa.

Warenebestand	Rbl. 1 658 792,54
Kassabestand	138 282,61
Zimmobilien	531 000,—
Mobilien	522 636,17
Debitoren (Personen-Konto)	444 055,28
Transportfrachten	171 569,15
Landwirtschaftliche Kulturen	1 936 500,—
Waren unterwegs	12 375,30
Jouragebestand i. d. Gütern	128 365,16
	Rbl. 5 543 576,21

Passiva.

Grundkapital	Rbl. 3 000 000,—
Reservekapital	13 566,65
Kreditoren (Personen-Konto)	1 867 461,43
Ausgestellte Wechsel	237 997,83
Unbezahlte Kapitalsteuer	8 150,—
Unbezahlte Gagen	40 448,11
Reingewinn	376 012,19
	Rbl. 5 543 576,21

Auf der am 10. Juli 1919 stattgefundenen Generalversammlung ist beschlossen worden, die Abrechnung zu beschließen und den Reingewinn von Rbl. 376 012,19 wie folgt zu verteilen:

Zur Amortisation v. Zimmobilien 5%	Rbl. 26 550,—
„ „ Mobilien 10%	52 263,60
„ „ Reservekapital 5%	18 800,60
„ „ Beirteilung der Handelssteuer	20 000,—
„ „ Einkommensteuer	46 550,—
Dividende 7% a. d. Grundkapital	210 000,—
Zum Gewinn für das Jahr 1919	1 847,99

Rbl. 376 012,19

Vorstandsglieder: Gottlieb Hummel, Theodor Hummel, Ernst Hummel, Gottlob Hummel.

Buchhalter: B. Kadegge.

Glieder der Revisionskommission: L. Stenzel, F. Tritschler, W. Kurr, Ed. Fried.

Die Dividende wird ab 20. Juli 1919 ausbezahlt: in Helenendorf: im Kontor der Verwaltung, „ Daku: in der Filiale der Gesellschaft, „ Tiflis: in der Europäisch-Kaufmännischen Bank